

GERLIND **MARTIN**
ELISABETH **RYTER**

Bern, im Juni 2010

Erhebung zur Altersfreundlichkeit der Stadt Bern

Kurzfassung

GERLIND MARTIN

puncto Pressebüro
Postfach 508, 3000 Bern 25
Telefon: 031 333 50 33
gerlind.martin@puncto.ch

ELISABETH RYTER

Optingenstrasse 54, 3013 Bern
Telefon: 031 331 71 37
elisabeth.ryter@bluewin.ch

Inhaltsübersicht

Das WHO-Modell	4
Die Auskunftspersonen.....	5
Wohnen.....	5
Mobilität	7
Integration und Partizipation	8
Dienstleistungen	10
Gesundheits- und Pflegedienste	10
Empfehlungen	11

Das WHO-Modell

Eine altersfreundliche Stadt
*anerkennt die grosse Heterogenität zwischen den älteren Menschen,
fördert den Einbezug und die Partizipation älterer Menschen in sämtlichen Belangen des kommunalen Lebens,
respektiert die Entscheidungen und die Wahl des Lebensstils,
antizipiert altersbedingte Bedürfnisse und Präferenzen und reagiert flexibel darauf.*

WHO (2007): Age-friendly Cities Project Methodology. Vancouver Protocol

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat in den Jahren 2005 bis 2007 zusammen mit 33 Städten auf der ganzen Welt ein Modell entwickelt, das es ermöglicht, die Altersfreundlichkeit einer Stadt zu testen. Seither steht dieses Modell für Interessierte zur Verfügung. Das städtische Alters- und Versicherungsamt (AVA) hat die Anregung aufgenommen und im Herbst 2009 eine Erhebung der Altersfreundlichkeit in Auftrag gegeben. Die vorliegende Broschüre fasst den ausführlichen Bericht der im Frühjahr 2010 abgeschlossenen Erhebung zusammen.

Das WHO-Modell basiert auf einer quartierbezogenen Befragung. Die Auskunftspersonen wurden vom AVA eingeladen. In einer ersten Runde haben sie einen Fragebogen ausgefüllt. Die Auswertung der Antworten bestimmte die Themen mit, die in den anschliessenden Fokusgesprächen diskutiert wurden. Für die Themensetzung wurde zudem eine Spezialauswertung der Daten zum städtischen Lebensqualitätsbericht 2007 beigezogen, welchen die Soziologin Anna Borkowsky durchgeführt hat. Die Fokusgespräche fanden im Januar 2010 mit rund 40 Personen über 60 Jahre in den Stadtteilen 2 bis 6 statt. Zusätzlich wurde je eine Mitarbeiterin von Spitex und Domicil befragt.

Im Folgenden werden zuerst die Auskunftspersonen kurz beschrieben, dann ihre Antworten, Beiträge und Anregungen zusammenfassend dargestellt. Dabei geht es um die Themen Wohnen, Mobilität, Integration und Partizipation, Dienstleistungen und Unterstützungsangebote. Darauf basieren die Empfehlungen ab Seite 12, die sich in erster Linie an die städtische Verwaltung richten.

Die Auskunftspersonen

Eigentlich müsste man nicht davon ausgehen, Senioren sind eine Gruppe und zwar eine homogene, sondern das ist eben eine heterogene Gruppe.

Zitat aus Fokusgespräch

Sowohl bei der schriftlichen Befragung als auch an den Fokusgruppen haben mehrheitlich Frauen teilgenommen: Den Fragebogen haben 29 Frauen und 11 Männer ausgefüllt, an den fünf Gesprächen haben sich insgesamt 28 Frauen und 7 Männer beteiligt. Bei aller Verschiedenheit ist ihnen gemeinsam, dass sie einen eigenen Haushalt führen. Die Frauen leben mehrheitlich allein, die Männer mehrheitlich zusammen mit ihrer Partnerin. Ein Teil der Alleinlebenden ist verwitwet. Die befragten Personen decken bezüglich Alter eine breite Spanne ab: Die jüngste hat Jahrgang 1948, die älteste Jahrgang 1920. Anders gesagt: Die Jüngsten könnten die Kinder der Ältesten sein. Das durchschnittliche Alter beträgt 76 Jahre. Davon haben die Befragten durchschnittlich 54 Jahre in Bern verbracht. Eines der wenigen soziodemografischen Merkmale, die im Fragebogen erhoben worden sind, ist die Muttersprache: 5 von 40 Antwortenden geben eine andere Muttersprache als Deutsch an, nämlich zwei Personen Französisch sowie je eine Italienisch, Romanisch und Englisch. Auch sie haben den grössten Teil ihres Lebens in Bern verbracht. Die Nationalität wurde nicht erhoben. In den Fokusgruppen haben zwei Personen darauf hingewiesen, dass sie ausländischer Herkunft sind.

Wohnen

Ich möchte so lange es geht in meinen eigenen vier Wänden bleiben.

Zitat aus Fokusgespräch

Die Fokusgespräche haben gezeigt: Die Wohnung wird mit zunehmendem Alter für viele zum Lebensmittelpunkt und das Wohnen zu einem zentralen Thema. Grundsätzlich fühlen sich die befragten Personen wohl. Sie wohnen so, wie es ihnen gefällt, das heisst: Sie verfügen über genügend Wohnraum, können sich die Wohnung leisten und schätzen das direkte Wohnumfeld (z.B. das Mehrfamilienhaus, den Garten, die Strasse, das Quartier).

Die Spezialauswertung der Daten aus der 2007er-Befragung der städtischen Bevölkerung zur Lebensqualität ergibt folgendes Bild: Den über 60-jährigen Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Bern stehen durchschnittlich 2.3 Zimmer pro Person zur Verfügung. Pro Zimmer bezahlen sie rund 400 CHF. Ein Drittel von ihnen besitzen ihre Wohnung oder ihr Haus. Die älteren Personen verfügen öfter als die jüngeren über Wohneigentum. Sie haben pro Person auch mehr Wohnfläche zur Verfügung und zahlen günstigere Mieten. Allerdings macht die Miete bei den Älteren mit 30 Prozent des Haushalteinkommens einen höheren Anteil aus als bei den Jüngeren, die im Durchschnitt 24 Prozent für das Wohnen ausge-

ben. Insgesamt 79 Prozent der älteren Personen geben an, mit ihrer Wohnsituation sehr zufrieden zu sein, weitere 19 Prozent sind eher zufrieden. Es bleiben also gerade noch 2 Prozent, die nicht zufrieden sind. Die Zufriedenheit mit der Wohnsituation wird positiv beeinflusst durch Wohneigentum, die wirtschaftliche Lage, die Ausbildung und die Nachbarschaft.

In den Fokusgesprächen haben es die Teilnehmenden deutlich gesagt: Die allermeisten möchten so lange als möglich einen eigenen Haushalt führen. Sie sehen ihn als Gradmesser ihrer Selbständigkeit, und auf diese legen sie viel Wert. Die grösste Bedrohung dieses Wunsches stellt der Zugang zur Wohnung dar, der bei etlichen mit Treppensteigen verbunden ist. Dass es in der Stadt Bern verhältnismässig wenig Wohnungen mit Lift gibt, hat mit dem Alter der Liegenschaften zu tun: Sie stammen fast zur Hälfte aus der Zeit vor 1946 und zu insgesamt 70 Prozent aus den Jahren vor 1960, also aus einer Zeit, in der die Erschliessung mit Lift noch nicht zum Standard gehörte. Das vergleichsweise hohe Durchschnittsalter der Wohnhäuser in der Stadt Bern bringt ein weiteres Problem mit sich: Es stehen viele Renovationen an. Diese können dazu führen, dass die Mieterinnen und Mieter zumindest vorübergehend ausziehen müssen und nach der Renovation mit einem höheren Mietzins zu rechnen haben. Solche Aussichten wirken auf ältere Personen sehr verunsichernd. Viele von ihnen leben schon seit Jahrzehnten in der gleichen Wohnung, und die Vertrautheit mit der Wohnumgebung trägt viel zu ihrer Zufriedenheit mit der Wohnsituation bei. Die Chance, im gleichen Quartier eine passende Ersatzwohnung zu finden, schätzen sie als klein ein.

Nicht nur der Zugang zur Wohnung kann Probleme bieten, sondern auch die Wohnung selbst. Gerade bei älteren Wohnungen sind Türschwellen die Norm, und die Grundrisse sind selten so ausgelegt, dass man sich mit Rollator oder gar Rollstuhl bewegen kann. Die wohnungsinternen Hindernisse werden von den Auskunftspersonen aber als weit weniger bedrohlich beurteilt als Treppenstufen. So lange keine starke Gehbehinderung vorliegt, scheint man sich mit ihnen arrangieren zu können. Obschon bereits kleine bauliche Eingriffe Erleichterung bringen könnten, scheinen solche Lösungen wenig bekannt zu sein. Zudem werden sie fast nur von Personen veranlasst, die in der eigenen Wohnung bzw. im eigenen Haus leben.

Der Eintritt in ein Alters- oder Pflegeheim wird von den meisten eher als Notlösung denn als eine valable Option betrachtet. Ob betreutes Wohnen als Alternative zum Altersheim in Betracht gezogen wird, ist aufgrund der Gespräche nicht zu beantworten. Immerhin ist über diese Möglichkeit gesprochen worden. Fest steht dagegen, dass viele Personen eine ganze Reihe von Strategien verfolgen (regelmässige Bewegung, mobil bleiben, kleine bauliche Eingriffe, Nachbarschaftshilfe, familiäre Unterstützung, Spitex), um möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben zu können. Einige haben zudem in den letzten Jahren ganz bewusst eine altersgerecht(er)e Wohnsituation gewählt, um möglichst lange selbständig wohnen zu können.

Solche Lösungen interessieren. Mehrmals wurde gewünscht, die Stadt solle neue altersgerechte Wohnformen fördern: durch Information und Sensibilisierung der Bevölkerung und insbesondere potenzieller Bauherren und Architektinnen; durch Information und Vernetzung der Interessierten, seien dies Gruppen, die Liegenschaften kaufen und altersgerecht umbauen möchten; seien dies Mieterinnen

und Mieter, die sich über das Angebot an altersgerechten Wohnformen informieren möchten. Gewünscht werden unterschiedliche Wohnformen und die Möglichkeit, wählen zu können.

Mobilität

Leben ist Bewegung

Zitat aus Fokusgespräch

Mobilität ist ein wichtiger Faktor im Alltag der befragten Personen. Ihnen ist bewusst, dass ihre Autonomie und Selbständigkeit wesentlich vom Grad ihrer Mobilität abhängen. Dementsprechend unternehmen sie einiges, um mobil zu bleiben. Die meisten bewegen sich in erster Linie zu Fuss oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Viele „laufen“ regelmässig: alleine, mit Partnerin, Partner oder in Wandergruppen. Das Programm wird sukzessive den eigenen Möglichkeiten angepasst, so werden aus den Gebirgstouren nach und nach kürzere Wanderungen oder aus dem Turnen das Altersturnen.

Es sind nicht nur die Füsse, welche die Mobilität definieren, sondern auch das Sichtfeld. Mit dem Alter kann das Sichtfeld kleiner werden, und die Fähigkeit, Kontraste zu sehen, kann abnehmen. Die Barrierefreiheit des öffentlichen Raumes wird deshalb zu einem wichtigen Faktor für die individuelle Mobilität. Fussgängerinnen und Fussgänger haben das Bedürfnis, sich auf ihren täglichen Wegen in Quartier, Stadt und Umgebung sicher zu fühlen. Unsicherheit verursachen einerseits neue oder ungewohnte Verkehrsführungen, zum Beispiel Begegnungszonen, Velowege auf Trottoirs sowie Velofahrende, welche die Trottoirs unbefugterweise benützen. Ein weiteres Problem bieten zu kurze Grünphasen der Ampeln. Die Auskunftspersonen schätzen es, dass mittlerweile viele Trottoirs abgeschrägt sind. Im Herbst und Winter kann das Gehen auf den Trottoirs aber schwierig werden, wenn diese mit nassen Blättern oder Eis bedeckt sind.

Unsicherheitsgefühle können auch Personen auslösen: Mehrere, nebeneinander gehende Männer auf dem Trottoir oder in den Lauben können ebenso angsteinflössend wirken wie eine Gruppe Betrunkener auf einem Platz. Kommt es in der Dämmerung oder nachts zu solchen Begegnungen, wirken diese bedrohlicher als am Tag. Alle Befragten betonen, für ihr Sicherheitsgefühl sei eine gute Beleuchtung äusserst wichtig. Einerseits ist sie entscheidend dafür, dass die Beschaffenheit (Unebenheiten, Absätze, Stufen) des Weges zu erkennen ist, andererseits beeinflusst sie die Atmosphäre eines Ortes: So bezeichnen viele Personen schlecht beleuchtete Durchgänge und Quartierstrassen, schummrige Plätze und Bahnhöfe als bedrohlich. Sind diese Orte zudem abgelegen, wenig belebt oder gar menschenleer, stellen sich besonders abends Unsicherheit und Angst ein. Mehr Sicherheit versprechen sich die meisten Personen von verstärkter Polizeipräsenz in den Quartieren. Wichtig wäre ihnen insbesondere, dass die Polizistinnen und Polizisten sichtbar und ansprechbar, also zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs, sind. Verschiedene Personen geben an, abends aus Angst (vor einsamen Wegen, Überfällen, Pöbeleien, Anmache) auf gewisse Aktivitäten zu verzichten (Abendspaziergang im Quartier, Theaterbesuche). Andere lassen sich nicht einschränken und greifen zu besonderen Strategien: mit Bekannten zusammen ausgehen; sich auf dem Heimweg anderen Personen anschliessen; das Taxi nehmen und sich bis zur Haustüre fahren lassen; sich von Angehörigen an der Tramstation abholen lassen.

Mit dem öffentlichen Verkehr sind die Befragten grundsätzlich sehr zufrieden. Verbesserungen wünschen etliche im Servicebereich, zum Beispiel längere Umsteigezeiten am Bahnhof, wo wegen der langen Tramzüge weite Umwege zu gehen sind; für gehbehinderte Personen bezeichnete Sitzplätze. Sehbehinderten Personen verursacht insbesondere die elektronische Anzeige – rote Schrift auf schwarzem Hintergrund – Schwierigkeiten. Längst nicht alle kennen zudem die quadratische Markierung aus Pflastersteinen auf der Höhe der Fahrerkabinen, die den Chauffeusen und Chauffeuren zeigt, dass jemand mehr Zeit oder Unterstützung beim Einsteigen braucht.

Einige der Befragten nutzen – zum Teil zur Aufrechterhaltung ihrer Mobilität – das Auto. Die Autonomie kann aber dann gefährdet werden, wenn Parkplätze im Quartier aufgehoben werden.

Der Radius der Mobilität wird mitbestimmt durch die Infrastruktur im öffentlichen Raum. Für Fussgängerinnen und Fussgänger bedeutet dies zum Beispiel, dass Sitzgelegenheiten sowie öffentliche WC-Anlagen entlang ihrer Spazier- und Einkaufswege darüber entscheiden, wie weite oder kurze Wege sie zu gehen vermögen. Beides – WCs und Sitzgelegenheiten – schätzen viele der Befragten auch in den Läden und wünschen sich auch hier mehr davon.

Integration und Partizipation

Ich bin hier im Quartier aufgewachsen und wohne schon immer in diesem Quartier, (...) man hat viele Leute, welche man sieht. Man weiss nicht, wie sie heissen. Sie grüssen einen (...) und ich könnte mir nicht vorstellen, in ein anderes Quartier umzuziehen. Mir würde das fehlen. Eben auch solche Leute, man hat keine Ahnung, wie sie heissen, man hat keine Ahnung, wo sie wohnen. Aber durch das viele Sehen grüsst man einander.

Zitat aus Fokusgespräch

Die grosse Mehrheit der befragten Personen fühlt sich im Wohnumfeld gut integriert. Ein Indiz dafür ist das Grüssen. Das Quartier wird dadurch zu einem Dorf, zu einem Raum, der vertraut ist. Die Aufhebung der Anonymität scheint einem verbreiteten Bedürfnis zu entsprechen. Das gilt auch für diejenigen, die ein Leben lang in städtischen Strukturen gewohnt haben.

Für die meisten Befragten sind Quartier und Innenstadt klar getrennte Sphären, denen je spezifische Funktionen zugewiesen werden. Die Zuweisung dieser Funktionen ist jedoch individuell verschieden, ebenso die Häufigkeit und die Art der Nutzung der beiden Räume. Gehen die einen vor allem ins Zentrum, um Freundinnen, Freunde und Bekannte zu treffen, um ins Theater oder ins Konzert zu gehen, erledigen andere auch ihre Einkäufe weitgehend in der Innenstadt. Wie häufig sie in die Innenstadt ge-

hen, variiert ebenfalls sehr stark. Bei den einen lässt sich der Gang in die Innenstadt an ein bis zwei Händen abzählen, andere gehen täglich ins Zentrum.

Obwohl die eigenen vier Wände für viele der Lebensmittelpunkt sind, betonen fast alle Befragten, dass sie regelmässige Aussenkontakte brauchen. Am einfachsten lassen sich diese beim Einkaufen herstellen. Ob diese niederschwellige und unverbindliche Kontaktmöglichkeit für Frauen und Männer eine gleichermassen wichtige Rolle spielt, müsste im Detail untersucht werden.

Die Formen, am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren, sind vielfältig. Genannt werden informelle und institutionalisierte Formen. Was die informellen Formen betrifft, so spielt neben dem Freundes- und Bekanntenkreis der Kontakt zu Kindern und Enkelkindern eine sehr wichtige Rolle. Im sozialen Netz übernehmen zudem die Nachbarinnen und Nachbarn wichtige Funktionen. Sie haben ein kontrollierendes Auge darauf, dass man funktionsfähig ist und beispielsweise täglich die Läden öffnet; sie übernehmen regelmässig kleinere und grössere Aufgaben oder sie springen bei Krankheit ein. Dieses Netz kann, muss aber nicht zwingend auf langjähriger Nachbarschaft aufbauen. Mehrmals wird erwähnt, wie gerade auch neue und junge Nachbarinnen und Nachbarn zu seinem Funktionieren beitragen. Bei den nachbarschaftlichen Interaktionen wird Wert darauf gelegt, dass es ein gegenseitiges Geben und Nehmen ist. Das gilt für diese Beziehungen vielleicht noch stärker als für die familiären. Für die meisten Befragten liegt die Zeit Jahre zurück, in der sie Enkelkinder betreut haben – heute sind es eher die Kinder und Grosskinder, welche die (Gross-) Eltern unterstützen. Wie die Nachbarinnen und Nachbarn übernehmen die Kinder und Grosskinder unterschiedliche Funktionen: regelmässiges, z.T. tägliches Nachfragen nach dem Befinden, Hilfestellungen z.B. beim Einkaufen oder Pflegeleistungen im Krankheitsfall. Die familiären Kontakte werden von den befragten Personen meist in den Vordergrund gestellt, während das nachbarschaftliche Netz manchmal erst beim Nachfragen zum Vorschein kommt. Liegt dies daran, dass den familiären und nachbarschaftlichen Beziehungsmustern unterschiedliche Verbindlichkeiten zugeschrieben werden? Es wäre sicher lohnend, mehr über die Gründe zu erfahren, die hinter diesen unterschiedlichen Wahrnehmungsmustern liegen.

Für Aktivitäten in einem institutionalisierten Rahmen steht ein grosses Angebot zur Verfügung. Alle Auskunftspersonen scheinen etwas zu finden, was sie interessiert. Bei einigen haben diese Tätigkeiten eine lange Tradition: Sie machen seit Jahren im Turnverein mit oder im Chor. Andere – und es sind nicht wenige – nutzen daneben oder hauptsächlich Angebote, die sich speziell an ältere Menschen richten. Häufig genannt werden in diesem Zusammenhang die Kirchgemeinden, Pro Senectute und die Grauen Panther als Organisatorinnen und Veranstalterinnen. Sie bieten den Rahmen für Wandergruppen, Altersturnen, Vorträge, Mittagstische etc. Die Befragten sind in erster Linie Nutzerinnen und Nutzer solcher Angebote. Diejenigen, die bei der Organisation solcher Anlässe mitarbeiten – sei es etwa in einem Vereinsvorstand oder in einer Kirchgemeinde – sind in der Minderheit bzw. haben ihren Beitrag dazu in jüngeren Jahren geleistet.

Stärker als bei den anderen Themen, die in diesem Bericht zur Sprache kommen, müsste untersucht werden, inwiefern sich die hier präsentierten Erkenntnisse verallgemeinern lassen, und ob wirklich alle über derart tragfähige soziale Netze verfügen wie die befragten Personen. Anzumerken ist im Kontext Integration und Partizipation zudem, dass Rückzug und Alleinsein mit zunehmendem Alter oft geschätzt

und erwünscht sind. Allerdings dürfte dabei die Frage entscheidend sein, ob dies freiwillig gewählt oder als aufgezwungen erlebt wird.

Dienstleistungen

Ich gehe in die Apotheke – dort kennen sie einen, wie in den kleinen Läden auch. Man spricht ein paar Worte. Oder man geht ins Konsum und trifft jemanden oder im Migros. Zitat aus Fokusgespräch

Bei der Diskussion über Dienstleistungsangebote stehen die Einkaufsläden im Vordergrund. Wie bereits erwähnt, dienen sie vielen Befragten nicht nur, um sich mit den alltäglichen Gütern einzudecken, sondern sie ermöglichen auch soziale Kontakte. Dabei spielt die Grösse der Läden eine untergeordnete Rolle: Als Treffpunkte werden sowohl die kleinen Läden wie auch die Grossverteiler im Quartier geschätzt. Jene Personen, die mehrheitlich in der Innenstadt einkaufen, nennen dafür unterschiedliche Gründe: Vor allem wer zentrumsnah wohnt, hat oft keine anderen Möglichkeiten. Aber auch wer weiter entfernt wohnt, kann mit dem so genannten Lädelisterven konfrontiert sein. Für andere sind Bus oder Tram besser erreichbar als die Quartierläden. Schliesslich gibt es Personen, die es vorziehen, ihre Einkäufe in der Innenstadt zu besorgen. Diejenigen, die sich in den letzten Jahren für den Umzug in eine altersfreundliche Wohnung entschieden haben, erwähnen meist, dass sie beim Umzug nicht nur auf die Ausstattung und den Grundriss der Wohnung geachtet haben, sondern auch auf die Nähe der Läden und auf die Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Mehrheitlich sind die Befragten der Meinung, dass die Läden für den täglichen Bedarf leicht erreichbar seien. Kaum jemand wünscht sich, per Telefon oder Internet einzukaufen. Was man sich hingegen vorstellen könnte, wäre ein Service, der die eingekauften Sachen nach Hause bringt.

Gesundheits- und Pflegedienste

Ich musste vor zweieinhalb Jahren die Hüfte operieren und dann hatte ich die Spitex zwei, drei Mal. Und ich fand es sehr gut. Es ist eine Beruhigung, wenn man weiss, wenn man dann mal nicht mehr kann oder vorübergehend nicht mehr kann, kann man dann dort zurückgreifen.

Zitat aus Fokusgespräch

Was man braucht, das kennt man: Auf diesen einfachen Nenner können die Kenntnisse der Befragten zu den Angeboten und Dienstleistungen in den Bereichen Prävention, Gesundheit, Unterstützung (Pro Senectute, Spitex, Sozialdienste, Altersheime, Mahlzeitendienste, Fahrdienste usw.) gebracht werden. Wer – als Patientin, Patient oder pflegende Angehörige – Erfahrungen mit diesen Dienstleisterinnen und Dienstleistern hat, ist in der Regel damit zufrieden.

Die befragten Personen sind weitgehend gesund und selbständig. Einzelne haben bis anhin Erfahrungen gemacht mit Angeboten zur Entlastung pflegender Angehöriger oder mit Fahrdiensten, und nur eine Minderheit hat Kurs- oder Beratungsangebote im Bereich Gesundheit oder Prävention in Anspruch genommen. Aufgrund der Gespräche kann ihre Einstellung so beschrieben werden: Es ist beruhigend zu wissen, dass es Angebote wie die Spitex gibt. Ihre Existenz erlaubt es, dass man sich nicht allzu viele Gedanken darüber machen muss, was geschehen wird, wenn man krank wird oder einen Unfall hat. Man schätzt es, solche Dienstleistungen massgeschneidert beanspruchen zu können: Die Spitex kommt dann, wenn sie gebraucht wird, und sie kommt so lange, wie es nötig ist. Manchmal wird der volle Service beansprucht, manchmal spezielle Leistungen, z.B. die Fusspflege. Die Fokusgespräche belegen ausserdem: Unabhängig davon, ob man bereits eigene Erfahrungen gemacht hat oder nicht: Das Vertrauen in diese Organisationen ist sehr gross. Das zeigt sich auch in der sekundärstatistischen Auswertung der Lebensqualitäts-Daten von 2007: Die Frage, ob die medizinische Hilfe im Krankheitsfall oder bei einem Unfall genügend schnell da wäre, haben 97 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner ab 60 Jahren mit „Ja“ beantwortet.

Empfehlungen

Die befragten Personen leben gerne in Bern – grundsätzliche Kritik ist in den Fokusgruppen nicht vorgebracht worden. Auch wenn die meisten Teilnehmenden dieser Erhebung ihre Lebensqualität nicht ausdrücklich mit der städtischen Alterspolitik oder einzelnen Massnahmen in Verbindung bringen, so ist deren gute Beurteilung doch auch eine Folge davon. Die Antworten und Einschätzungen der hier zu Wort kommenden Frauen und Männer belegen, dass die Stadt ihre Grundsätze in der Alterspolitik mehrheitlich erfolgreich umsetzt. Sie geht insbesondere von der Heterogenität dieser Bevölkerungsgruppe aus und anerkennt, dass sich die Bedürfnisse, Probleme und Ressourcen älterer Menschen sehr stark voneinander unterscheiden und Angebote auf die verschiedenen Lebenssituationen Rücksicht zu nehmen haben (z.B. unterschiedliche Angebote im Bereich Wohnen). Das städtische *Altersforum*, die *Fachkommission für Altersfragen* und der *Rat für Seniorinnen und Senioren* sind Instrumente, die einerseits die Partizipation dieser Bevölkerungsgruppen fördern, andererseits Gewähr dafür bieten sollen, dass die Stadt sich ändernde Bedürfnislagen frühzeitig erkennen kann.

In einigen der von der Stadt im Rahmen ihrer Alterspolitik etablierten und geförderten Bereichen gibt es – gemäss den Ergebnissen dieser Erhebung – allerdings ein Verbesserungspotenzial. Wenn die folgenden Empfehlungen auch auf den Bedürfnissen der hier befragten älteren Personen und den sich daraus ergebenden Anregungen basieren, so ist gleichzeitig darauf hinzuweisen, dass ihre Umsetzung in vielen Fällen allen Einwohnern und Einwohnerinnen der Stadt Bern dient: Von einer klaren Verkehrs- und Fussgängerführung sowie von gut lesbaren elektronischen Anzeigen bei den Tram und Bussen profitieren alle Bewohnerinnen und Besucher der Stadt; ein breites Angebot an altersgerechten Wohnungen zu

erschwinglichen Preisen, das es für ältere Personen eher interessant macht, aus grossen Wohnungen oder Häusern auszuziehen, nützt auch jungen Familien; mehr Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten, wie zum Beispiel Sitzbänke auf Plätzen oder beim Schachspiel, „das wäre überhaupt freundlich – nicht nur altersfreundlich“, wie es eine Frau in einem Gruppengespräch auf den Punkt brachte.

Empfehlung 1:

Die Stadt verstärkt ihre Informationstätigkeit mit dem Ziel, ihre Alterspolitik bekannt zu machen und positive Altersbilder zu fördern.

Die Alterspolitik der Stadt Bern richtet sich an der Heterogenität der über 60-jährigen Bevölkerung aus: Sie ist grundsätzlich bestrebt, bedürfnisorientierte Dienstleistungen zu erbringen und Wahlfreiheit zu ermöglichen. Sie nimmt beispielsweise – mit der *Arbeitsgruppe Alter & Migration* – die Bedürfnisse und Anliegen der grösseren Migrantinnen- und Migrantengruppen auf und trägt mit Initiativen im Generationenbereich – *Genera(k)tionen* – zur Bewahrung und Stärkung einer vielfältigen Mehrgenerationengesellschaft bei. Diese Anstrengungen soll die Stadt weiterführen und in der Öffentlichkeit noch breiter bekannt machen.

Die Gespräche in den Fokusgruppen haben gezeigt, dass die von der Stadt installierten Mitwirkungsinstrumente – *Rat für Seniorinnen und Senioren*, *Fachkommission für Altersfragen*, städtisches *Altersforum*, *Arbeitsgruppe Alter & Migration* – wenig bekannt sind. Es sollte daher alles getan werden, diese Gremien und Austauschplattformen öffentlich besser bekannt zu machen: Sie sind einerseits für das Zusammenspiel der gesellschaftlichen Kräfte wichtig, andererseits vermitteln ihre Mitglieder durch ihre Leistungen und die Ergebnisse ihrer gemeinsamen Arbeit andere Bilder von älteren Frauen und Männern als die gewohnten, zum Teil defizitorientierten. Die kontinuierliche Information über Ressourcen und Leistungen älterer Frauen und Männer trägt dazu bei, stereotype Altersbilder in der Öffentlichkeit zu verändern.

- Die Stadt führt ihre Öffentlichkeitsarbeit in den Bereichen Generationen, Migration kontinuierlich fort und verstärkt die Vernetzung mit Organisationen in diesem Bereich.
- Die Stadt macht ihre Mitwirkungsorgane und deren Leistungen öffentlich besser bekannt.

Empfehlung 2:

Die Stadt fördert und unterstützt die Integration von gerontologischen Erkenntnissen in Planungsfragen.

Damit ältere Bevölkerungsgruppen sich sicher im öffentlichen Raum bewegen, am gesellschaftlichen Leben partizipieren und soziale Kontakte pflegen können, müssen gewisse Bedingungen erfüllt sein. Im Vordergrund stehen Sicherheitsfragen, soziale Aspekte sowie eine benutzungsspezifische Kommunikation.

Neue Verkehrsführungen zwingen die Verkehrsteilnehmenden dazu, sich mit ungewohnten Verhältnissen zu arrangieren. Damit dies gelingt, sind sowohl eindeutige Ausschilderungen als auch eine generell

breite Kommunikation der Neuheiten nötig. Die Antworten der befragten Personen weisen auf diesbezügliche Anpassungsschwierigkeiten hin – gleichzeitig erwähnten mehrere Personen gute Erfahrungen mit direkter Informationsvermittlung (z.B. Vortrag und Präsentation von Fachleuten). Dieses Potenzial sollte, gemeinsam mit Seniorinnen und Senioren- und/oder Quartierorganisationen, für zielgruppenspezifische Informationsvermittlung genutzt werden.

- Die zum Teil bereits bestehende Zusammenarbeit mit Senioren-, Quartierorganisationen und Kirchengemeinden zu Planungsfragen wird von den zuständigen städtischen Stellen weiter geführt und allenfalls erweitert.
- Neuerungen im öffentlichen Raum – z.B. neue Verkehrsführung, Einführung von Begegnungszonen – verlangen von den Verkehrsteilnehmenden zum Teil grosse Anpassungsleistungen. Diesen Prozessen ist mit spezifischer Information und benutzungsgerichteter Informationsvermittlung Rechnung zu tragen.
- Das Angebot an Sitzgelegenheiten und öffentlichen WC-Anlagen wird erhöht.
- Die Strassenbeleuchtung im Bereich von Treppen und Plätzen wird überprüft und wo nötig verbessert.
- Die Stadt fördert die Montage von Bewegungsmeldern in Eingängen von Privathäusern und Firmen – bessere Beleuchtung der Hauseingänge fördert die Sicherheit im Quartier.

Empfehlung 3:

Die Stadt fördert und unterstützt altersgerechte Wohnangebote.

Das selbständige Wohnen ist für die befragten Personen von zentraler Bedeutung. Damit bestätigen sie die Richtigkeit dessen, was die Stadt bereits vollzogen hat. In ihren Grundätzen zur Alterspolitik nennt sie als ersten Punkt ihrer strategischen Ausrichtung, dass ältere Menschen so lange als möglich und sinnvoll zu Hause leben können. Mit entsprechenden ambulanten Angeboten kann der Verbleib im eigenen Zuhause ermöglicht werden. Ebenfalls erkannt ist die Tatsache, dass es auf Stadtgebiet zu wenig altersgerechte Wohnungen gibt. In der Publikation *Wohnstadt Bern 2012* schreibt der Gemeinderat, die Zunahme von altersgerechtem und barrierefreiem Wohnraum sei ein wichtiges Thema der Zukunft: „Er muss in genügendem Umfang und in den benötigten Preissegmenten zur Verfügung stehen“ (S. 9). In den Fokusgesprächen ist zudem deutlich geworden, dass sich einige neben der aktuellen Wohnsituation und dem Alters- und Pflegeheim noch weitere Wohnformen vorstellen können. Auch in diesem Punkt zeigt die Stadtverwaltung Offenheit. Sie macht es sich zum Anliegen, eine Vielfalt von Wohnformen zu fördern.

Vieles ist vorderhand noch Programm, das der Umsetzung harrt. Doch es gibt Anliegen, die rasch und ohne grosse Investitionen verwirklicht werden können:

- Vermieterinnen und Vermieter werden darauf aufmerksam gemacht, wie sie bei anstehenden Renovierungen altersgerechte Massnahmen umsetzen können. Die Stadt stellt ihnen und den ausführenden

den Architekturbüros dafür eine Checkliste zur Verfügung und weist sie auf bestehende Literatur und Beratungsstellen hin.

- Vermieterinnen und Vermieter werden dafür sensibilisiert, dass sie für ältere, langjährige Mieterinnen und Mieter Lösungen suchen, die auch bei umfassenden Renovations- und Sanierungsarbeiten den Verbleib in der Wohnung ermöglichen.
- Die zuständigen Stellen in der Stadt bemühen sich um konstruktive und innovative Lösungen, wenn es darum geht, denkmalpflegerische und altersgerechte Ansprüche in Übereinstimmung zu bringen (z.B. bei Einbauten von Liften).
- Das AVA lässt ein Konzept für eine mobile Ausstellungseinheit zu Wohnen im Alter erstellen und sucht Organisationen, welche die Umsetzung eines entsprechenden Projektes mitfinanzieren. Diese Ausstellungseinheit wird in möglichst vielen Quartierzentren, Kirchgemeinden und Pfarreien gezeigt. Sie setzt sich zum Ziel, das Fachwissen zu Wohnen im Alter möglichst breit zu streuen und die Diskussion über verschiedene Wohnformen anzuregen.
- Das städtische Organ *WohnstadtBern* ist ein wichtiges Informationsgefäss in Sachen städtischer Wohnbaupolitik. Wie etwa die Nummer 15 zeigt (August 2009) finden sich hier auch wichtige Informationen zu Alterswohnungen. Die Abteilung Stadtentwicklung und das AVA sorgen dafür, dass Interessierte auf dieses Organ aufmerksam gemacht werden.

Empfehlung 4:

Im öffentlichen Verkehr werden alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um die Mobilität der älteren Bevölkerungsgruppen aufrecht zu erhalten.

Wie Umfrage und Fokusgespräche zeigen, schätzen und nützen die Befragten den öffentlichen Verkehr sehr. Sie sind dafür Fachleute und haben dementsprechend genau beobachtet, welche Veränderungen ihnen dienlich sind und was Schwierigkeiten bereitet. Sehr geschätzt werden beispielsweise die Niederflurbusse und -trams. Einmal an die praktischen Einstiege gewöhnt, lassen offensichtlich viele Personen alte Wagen passieren und nehmen die nächsten neuen. Je mehr Niederflurbusse und -trams zirkulieren, desto geringer ihre Wartezeiten. Denn an verschiedenen Stationen ist es für die Wartenden ungemütlich: zum Teil fehlen Schutzvorrichtungen gegen Wind und Regen, zum Teil sind die Bänke verschmutzt und die Station unordentlich. Auf sie zugeschnittene Serviceleistungen scheinen vielen Leuten unbekannt zu sein, beispielsweise das gepflästerte Quadrat auf der Höhe der Führerstände, das seh- oder gehbehinderten Personen das Einsteigen insofern erleichtert, als der Chauffeur, die Chauffeuse den Vorgang bis zum Absitzen überwachen kann.

- Bernmobil prüft die Beschriftung von Sitzplätzen in Trams und Bussen, die seh- oder gehbehinderten sowie Personen vorbehalten sind, die aus Sicherheitsgründen gerne sitzen möchten.
- Bernmobil überprüft die elektronischen Anzeigen (rot auf schwarz), die für Sehbehinderte schwer lesbar sind und bietet die gedruckten Linienfahrpläne zusätzlich in grösserer Schrift an.

- Bernmobil hängt die Netz- und Fahrpläne an allen Stationen so auf, dass sie gut lesbar sind: Sie dürfen nicht zu hoch hängen und müssen auch bei Dämmerung/Dunkelheit lesbar sein.
- Bernmobil verbessert die Sicherheit und Zirkulation älterer Personen im Bereich Bahnhof/Loeb mit Umsteigegeherinnen und -helfern.
- Bernmobil richtet die Aufforderung „Reden Sie mit uns“ spezifisch an die älteren Bevölkerungsgruppen und geht direkt zu den Leuten, um ihre Meinungen und Wünsche zu erfahren.
- Bernmobil verstärkt die benutzerorientierte Information über ihre Serviceleistungen.

Empfehlung 5:

Die Stadt fördert gemeinsam mit Freiwilligenorganisationen innovative Ansätze zur Rekrutierung Freiwilliger für begleitete Aktivierungsangebote, die zu einer guten Lebensqualität von älteren, auf Begleitung oder Betreuung angewiesenen Personen beitragen.

In Alters- und Pflegeheimen, aber auch in Privathaushalten leben Frauen und Männer, deren Möglichkeiten zur Partizipation an gesellschaftlichen und kulturellen Angeboten sowie am sozialen Austausch aufgrund ihres Gesundheitszustandes zum Teil stark eingeschränkt sind. Aus der Gerontopsychologie ist gleichzeitig bekannt, dass sowohl Erlebnisfähigkeit als auch Emotionalität bei Krankheiten erhalten bleiben. Allerdings fehlen im Alltag oft die Gelegenheiten für Erlebnisse und Abwechslung. In Alters- und Pflegeheimen ist die Nachfrage nach begleiteten Aktivierungsangeboten grösser als die zeitlichen Ressourcen der verfügbaren Freiwilligen, Familienangehörigen und professionellen Mitarbeitenden. Dies bestätigt die im Rahmen dieser Erhebung befragte Domicil-Mitarbeiterin. Ähnlich präsentiert sich die Situation aus Sicht der ebenfalls befragten Spitex-Mitarbeiterin im privaten Bereich: Auch hier besteht gemäss ihrer Einschätzung ein grosser Bedarf an Alltagsbegleitung – und an Freiwilligen. Die professionell erbrachten Dienste sind von den meisten in Privathaushalten lebenden Personen schon aus Kostengründen nicht im wünschbaren Ausmass zu beziehen.

- Die Stadt unterstützt begleitete Aktivierungsangebote (für privat und in Institutionen lebende Personen) und sensibilisiert die Öffentlichkeit für diese Dienstleistung Freiwilliger.
- Die Stadt unterstützt alle diesbezüglichen Bemühungen und Aktivitäten von Organisationen wie Spitex, Rotes Kreuz und Pro Senectute sowie von Freiwilligenorganisationen (Benevol), Quartierorganisationen und Kirchgemeinden und fördert deren Vernetzung und Zusammenarbeit.
- Die Stadt Bern prüft, wie sich Zivildienstleistende vermehrt in Alltagsbegleitung integrieren lassen.

Empfehlung 6:

Die Stadt fördert die kulturelle Partizipation der älteren Bevölkerung.

Partizipation findet in breitgefächerten Tätigkeitsfeldern statt – einige davon kommen in diesem Bericht ausführlich zur Sprache. Im Bereich der kulturellen Partizipation zeigt sich, dass ihr Sicherheits- bzw. Unsicherheitsempfinden etliche Personen vom abendlichen Ausgang abhält. Begleiteter Ausgang könnte

die Sicherheit ebenso erhöhen wie ein Angebot nach dem Vorbild des SRK-Fahrdienstes oder des Festtagsfahrdienstes „Nez rouge“.

Der Besuch kultureller Angebote sollte allen Interessierten möglich sein – seien diese nun selbständig oder auf Begleitung angewiesen.

- Die Stadt fördert die kulturelle Partizipation, indem sie ein kostengünstiges und auch abends verfügbares Fahrdienstangebot schafft, beziehungsweise den Ausbau eines bestehenden Fahrdienstes prüft und unterstützt. Er richtet sich insbesondere an Personen, die auf Begleitung angewiesen sind oder abends aus Sicherheitsgründen einen Fahrdienst in Anspruch nehmen möchten.

Empfehlung 7

Die Stadt fördert, unterstützt und erweitert zum Nutzen der älteren Bevölkerung die Vernetzung und die Zusammenarbeit der Akteurinnen und Akteure in den Bereichen Alter, Migration, Soziales, Gesundheit/Prävention, Kultur.

Wenn Zeit-, Finanz- und Arbeitskraftressourcen kleiner werden, gewinnen Zusammenarbeit und Vernetzung an Bedeutung. Mit der *Untersuchung von Schnittstellen im Altersbereich der Stadt Bern* hat die Stadt bereits 2009 erhoben, wie die Akteurinnen und Akteure im Alters- und Gesundheitsbereich zusammenarbeiten und wo Handlungsbedarf besteht. Der Spardruck der öffentlichen Hand und die aufgrund sinkender Steuereinnahmen zum Beispiel der Gesamtkirchgemeinde Bern absehbaren Budgetumverteilungen können das aktuell breit gefächerte sozio-kulturelle Angebot in den Quartieren gefährden. Die Stadt sollte ihren Einfluss geltend machen und die Zusammenarbeit unter den Anbietenden fördern und/oder dazu Impulse geben. Ein Beispiel dafür sind die in Zusammenarbeit mit Quartierzentren durchgeführten Genera(k)tionen-Projekte.

Empfehlung 8:

Der Gemeinderat setzt eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe ein, in der alle Verwaltungseinheiten vertreten sind, die zur Altersfreundlichkeit der Stadt beitragen können.

Die Stadt Bern ist in der Schweiz bezüglich Formulierung und Umsetzung von alterspolitischen Anliegen eine Pionierin. Altersfragen sind eine klassische Querschnittsaufgabe, zu der alle Direktionen der Stadt beitragen können. Eine interne Arbeitsgruppe unter der Leitung des AVA sorgt dafür, dass alle vom Fachwissen des AVA profitieren und dem AVA seinerseits die Expertise aus andern Feldern zur Verfügung steht. Zur Erarbeitung von Massnahmen und zu deren Umsetzung werden alle betroffenen Direktionen einbezogen.